

1202/AB

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr . 1225/J betreffend Brüsseler "Förderfalle" , welche die Abgeordneten DI Prinzhorn, Haigermoser und Kollegen am 20 .9.1996 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist , möchte ich einleitend festhalten :

Bei dem gegenständlichen Pressegespräch war es mein Anliegen, die künftige Förderpolitik Österreichs im Rahmen der EU an Hand der Erfahrungen Österreichs als Nettozahler im Zusammenhang mit EU kofinanzierten Förderungen darzulegen. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung der nächsten Programmperiode der EU-Förderungen :

Die Reform der EU-Strukturfonds wird nämlich vor allem im Zeichen der Osterweiterung sowie der Konsolidierung der nationalen Budgets zu stehen haben. Denn vielen Bürgern wie Unternehmern, die eine EU-Förderung verlangen, ist nicht transparent , daß dann, wenn EU-Fördermittel aus Brüssel fließen, auch entsprechende nationale Budgetmittel eingesetzt werden müssen.

Selbstverständlich stehe ich zu der Vereinbarung anlässlich des EU-Beitritts und werde dafür eintreten, daß kein Schilling an EU-Fördermitteln in der laufenden Periode bis 1999 in Brüssel bleibt.

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 der Anfrage:

Ein volkswirtschaftlicher Schaden könnte, wenn überhaupt, erst dann entstehen, wenn die gesamten EU-Fördermittel für die laufende Periode bis 1999 nicht ausgeschöpft werden können. Dies ist jedoch aufgrund des derzeitigen Umsetzungsstandes für Förderprogramme nicht zu erwarten. Als Beitrittskandidat war es Österreich unmöglich, das Finanzierungs- und Förderungssystem der EU umzustoßen. Vielmehr ging es bei den Verhandlungen darum, aus den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das Maximum herauszuholen. Das ist Österreich auch in einem hohen Ausmaß gelungen.

Antwort zu den Punkten 5 und 6 der Anfrage:

Im Zuge des neuen Budgetprogramms der EU für die Jahre 2000-2004 werden Änderungen im Finanzierungs- und Förderungssystem möglich sein.

Dabei hat Österreich nunmehr als Mitgliedstaat die Möglichkeit, bei der Strukturfondsreform für den Zeitraum nach 1999 die Neugestaltung der EU-Förderungen aktiv mitzugestalten und eine für Österreich und die gemeinsamen Entwicklungsziele der EU optimale Position zu vertreten.

Antwort zu Punkt 7 der Anfrage: